

**Elisabeth Motschmann**  
**Newsletter**  
**19. Januar 2018**



**Liebe Bremerinnen und Bremer,  
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

neues Jahr, neues Glück! Ich hoffe Sie sind gut in dieses Jahr gestartet. Obwohl 2018 gerade erst begonnen hat, ist schon viel passiert: vergangenen Freitag sind die Sondierungsgespräche mit der SPD zu Ende gegangen.

Solche Verhandlungen bedeuten immer ein Geben und Nehmen. Dennoch sind wir einer großen Koalition näher gekommen. Kompromisse sind gefunden. Es gab Erfolge aber auch Zugeständnisse auf beiden Seiten. Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine gute Grundlage für die nächsten vier Jahre geschaffen worden. Ich finde das Ergebnis kann sich sehen lassen! In den Bereichen Bildung, Pflege, Kinderbetreuung, Digitalisierung und Steuern konnten erfreuliche Ergebnisse erzielt werden. Nun müssen wir uns an die Arbeit machen: es geht um die Modernisierung Deutschlands und die erneute Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

Diese Woche standen noch viele weitere Punkte auf der Tagesordnung. Zum Beispiel die Einsetzung der Ausschüsse und die Wahlen von wichtigen Gremien. Lesen Sie selbst!

Herzliche Grüße  
Ihre

*Elisabeth Motschmann*

Büro Bremen • Am Wall 135 • 28195 Bremen • Telefon: +49 421 178 36868  
Büro Berlin • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Telefon: +49 30 227 73738  
Email: [elisabeth.motschmann@bundestag.de](mailto:elisabeth.motschmann@bundestag.de)

# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

### Wahl in die Parlamentarische Vertretung des Europarates

In dieser Woche wurde ich auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion zu einer der deutschen Vertreter in den Europarat gewählt. Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 gegründet und umfasst heute 47 europäische Staaten mit 820 Millionen Bürgern.

In seiner Arbeit widmet sich der Europarat dem Schutz der Menschenrechte, der Sicherung demokratischer Grundsätze sowie rechtsstaatlicher Grundprinzipien. Die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates umfasst 18 Abgeordnete, davon sechs aus der CDU/CSU-Fraktion.

Der Europarat ist seit Jahrzehnten der wichtigste Garant für Demokratie und Menschenrechte in Europa. Er fördert das Bewusstsein einer gemeinsamen kulturellen Identität und die Lösung der gesellschaftlichen Probleme Europas. Besonders in Zeiten, in denen sich viele Menschen auf der ganzen Welt auf der Flucht befinden, sowie Menschenrechte und Redefreiheit in vielen Staaten bedroht sind, ist der Europarat von großer Bedeutung für unseren Kontinent.

Die Wahl in die Parlamentarische Versammlung ist für mich eine große Ehre. Sie spornt mich an, mein Engagement für die deutsche Außenpolitik entschieden fortzusetzen. Ich möchte mich insbesondere für die Themen Migration und Flüchtlinge einsetzen. Die Steuerung von Migration und der Schutz von Flüchtlingen ist eine gesamteuropäische Herausforderung. Nur wenn wir auf europäischer Ebene eng mit unseren Partner zusammenarbeiten und gemeinsam die Lebenssituationen der Menschen in ihren Heimatländern verbessern, können wir Fluchtbewegungen wie im Jahr 2015 reduzieren.



# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

Glücklich über meine Wahl in die Parlamentarische Versammlung des Europarates  
18.01.2018

### Antisemitismus bekämpfen

Hass und Ablehnung gegen Menschen jüdischen Glaubens aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrer Abstammung ist gerade für uns Deutsche unerträglich. Auf Initiative unserer Fraktion nahmen wir den bevorstehenden Holocaust-Gedenktag am 27. Januar zum Anlass, um vor dem Hintergrund erschreckender antisemitischer Vorfälle in jüngster Zeit mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen ein klares Zeichen gegen jede Form von Antisemitismus in unserem Land zu setzen.

In Deutschland existiert nach wie vor ein nicht akzeptables Maß an Antisemitismus. Der größte Teil der antisemitischen Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert. Wir erleben, dass dazu verstärkt ein arabischstämmiger Antisemitismus tritt, wie jüngst bei antiisraelischen Kundgebungen vor dem Brandenburger Tor, dem wir uns klar und deutlich entgegenstellen – gleichgültig, ob er strafbar ist oder nicht. Wir werden einen durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus ebenso wenig dulden wie bestehende Formen des Antisemitismus in Deutschland. In diesem Zusammenhang wollen wir das Straf- und Versammlungsrecht prüfen, ob es ausreichende Handhabe gegen das Verbrennen israelischer Fahnen und antisemitische Ausschreitungen im Rahmen von Versammlungen gibt. In dieser Woche haben wir uns für die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung eingesetzt, der Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus koordinieren soll.

### Die Deutsch-französische Freundschaft

Der 22. Januar 2018 ist der 55. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-französischen Freundschaftsvertrags (Élysée-Vertrag) durch Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle. Dieser Vertrag und die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich stellen eine der überragenden Leistungen des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers nach einem Jahrhundert mit drei Kriegen zwischen beiden Ländern dar.

Die Präsidien des Deutschen Bundestags und der Französischen Nationalversammlung haben entschieden, an diesem Tag Sondersitzungen der beiden Parlamente einzuberufen. Vormittags tagt der Bundestag in Berlin, am Nachmittag die Nationalversammlung in Paris. In der Debatte im Bundestag wird dabei der Präsident der Nationalversammlung François de Rugy sprechen, in der Debatte in Paris Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Wir werden eine gemeinsame Resolution der beiden Parlamente verabschieden, mit der wir die Bundesregierung und die französische Regierung auffordern, einen erneuerten Élysée-Vertrag zu erarbeiten. Zudem soll ein „Deutsch-französisches Parlaments-Abkommen“ vorbereitet und im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Die Deutsch-französische Freundschaft ist und bleibt ein unumstößliches Axiom unserer Außen- und Europapolitik.

# Elisabeth Motschmann

## Newsletter

### Zur Diskussion um das muslimische Kopftuch

*Die „Evangelischen Frauen in Deutschland e.V.“ sind gegen ein Kopftuchverbot. Wie es in einer Erklärung des Verbandes heißt, ist das Tragen des muslimischen Kopftuchs als Teil der religiösen und kulturellen Vielfalt in Deutschland zu respektieren. Generell sei es Aufgabe der muslimischen Community zu entscheiden, ob eine Frau ein Kopftuch tragen solle/müsse/wolle.*

*Die Bedeckung könne schließlich auch Ausdruck des religiösen Glaubens sein. Für muslimische Frauen mit Migrationsgeschichte könne es zudem eine Gewohnheit sein, die nichts mit religiösen oder politischen Intentionen zu tun habe. Frauen, die es trügen, werde oft pauschal abgesprochen, „selbst denkende und sich selbst bestimmende Personen zu sein“.*

*Weiter steht in der Erklärung: „Was es für eine Muslima bedeutet, dass sie ein (oder kein) Kopftuch trägt, definiert diese selbst – und niemand sonst.“ Zum Verband gehören 39 Organisationen mit rund drei Millionen Mitgliedern.*

**Warum ich mit der Erklärung überhaupt nicht einverstanden bin:** Wird der Verfassungsgrundsatz der Religionsfreiheit durch das Nichttragen des Kopftuchs an bestimmten Orten berührt? Nein. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Verschleierung für Frauen unabdingbare Voraussetzung für die Ausübung des muslimischen Glaubens wäre. Im Koran wird eine solche Verschleierung aber nicht gefordert. Darin steht nur, eine gläubige Frau solle „ihre Blicke niederschlagen“ und „ihren Schleier über ihren Busen schlagen“. Die entscheidende Stelle findet man in Sure 24.

Das Kopftuch ist also in erster Linie Ausdruck einer bestimmten gesellschaftspolitischen, wenn nicht gar politischen Einstellung, wenn überhaupt unter dem Deckmantel der sog. religiösen Überzeugung. Diese richtet sich gegen die westlichen Werte. Gegen eine offene, freiheitliche Gesellschaft, gegen die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Sie verletzt dabei demokratische Prinzipien und die Rechte der Frauen. Ein Kopftuch schafft eine Barriere zur Außenwelt. Sie erweist sich als Integrationsbremse. Und sie schafft eine Parallelgesellschaft, die keiner will.

Die Evangelischen Frauen leugnen in ihrer Erklärung die Tatsache, dass eine große Anzahl an muslimischen Frauen liebend gern auf das Kopftuch verzichten würde. Denn das haben sie in vielen muslimischen Ländern (z.B. in der Türkei), aber auch in Deutschland mehrheitlich getan, bevor der konservative, fundamentalistische Islam zurückkam.

Wie die Evangelischen Frauen in ihrer Erklärung richtig feststellen, geht es hier u.a. um „Empowerment und Emanzipation“. Auch ich stehe für diese beiden Bekenntnisse und das nicht erst seit gestern. Ich interpretiere sie nur entschieden anders, als die Evangelischen Frauen in Deutschland e.V.

## **Elisabeth Motschmann Newsletter**

Es ist für mich in höchstem Maße befremdlich, dass in dieser für die Emanzipation doch so wichtigen Debatte gerade die Frauen, die sonst für eine „gendergerechte Sprache“, für das „Binnen-I“ und für die gesetzliche Frauenquote kämpfen, verstummen, wenn eine Frau sich nur aufgrund ihres Geschlechts verhüllen muss. Das bereits wieder abgeschaffte Betreuungsgeld wurde als „Inhaftierung der Frauen am Herd“ beschimpft, doch wenn muslimischen Frauen jede unbeschwertere Kommunikation, Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland genommen wird, herrscht Schweigen – oder es wird mit der Religionsfreiheit argumentiert.

Das ist in meinen Augen die Furcht vor der daraus resultierenden Diskussion und Auseinandersetzung. Natürlich ist es bequemer, sich bezüglich des Kopftuches auf die Entscheidungsfreiheit der Frauen zu berufen, anstatt auch für die Rechte der muslimischen Frauen zu kämpfen. Geschlechtertrennung unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit geht meist zulasten der Frauen. Das ist in meinen Augen Fakt. Akzeptieren wir dieses rückwärtsgewandte Frauenbild, so geben wir unsere mühsam erkämpfte Gleichberechtigung leichtsinnig auf. Daher empfinde ich den Kommentar der Evangelischen Frauen als Wahl für den „einfachen Weg“, als eben nicht-emanzipiert und daher als enttäuschend. Als bekennende Christin kann ich sagen, dass ich mich von den Evangelischen Frauen nicht gut vertreten fühle.

Differenzierung ist jedoch auch in dieser Diskussion das Gebot der Stunde. Kopftuch und Burka sind keinesfalls das Gleiche. An Schulen, in Gerichten und an manchen Arbeitsplätzen hat ein Kopftuch nichts zu suchen. Es deswegen jedoch völlig aus der Öffentlichkeit verbannen zu wollen, macht wenig Sinn, da ein Verbot nur auch schwer durchsetzbar wäre.

Daher wünsche ich mir Frauen, die Gesicht zeigen. Ich wünsche mir Frauen, die allein aus Solidarität gegenüber den Millionen gezwungenen „Schleier-Frauen“, ihren Schleier ablegen – zumindest solange sie in einem freien Land wie Deutschland leben. Denn was würden viele muslimische Frauen auf der Welt dafür geben den Schleier ablegen zu dürfen, ohne dafür mit lebensbedrohenden Konsequenzen rechnen zu müssen.

### **Deutsche Wirtschaft wächst auch Ende 2017 kräftig**

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland legte im vergangenen Jahr um insgesamt 2,2 Prozent zu. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen und erreichte den stärksten Wirtschaftsaufschwung seit 2011. Getragen wurde die gute konjunkturelle Lage vor allem von der Kaufkraft der Verbraucher und den gestiegenen Investitionen vieler inländischer Unternehmen. Zugleich sorgte die Erholung der Weltwirtschaft für steigende Nachfrage nach Produkten «Made in Germany», so dass Deutschlands Exporteure um 4,7 Prozent höhere Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen verbuchen konnten als noch im Vorjahr. *Quelle: Statistisches Bundesamt*

# Elisabeth Motschmann Newsletter

## Deutsche Firmen gehen optimistisch ins Jahr 2018

Über zwei Drittel der vom Institut der deutschen Wirtschaft befragten Branchenverbände erwarten für ihre Unternehmen im kommenden Jahr eine höhere Produktion. Außerdem sprechen 26 der 48 regelmäßig zur Jahreswende befragten Verbände von einer besseren Wirtschaftslage im Vergleich zum Vorjahr. Während zur Jahreswende 2016/2017 noch neun Verbände die aktuelle Wirtschaftslage schlechter als vor einem Jahr einschätzten, hat sich diese Zahl nun auf nur noch zwei Verbände reduziert. Als entscheidende Faktoren für die gute Geschäftslage und die positive Umsatzentwicklung der meisten Industriebranchen sind neben der anziehenden Welt- und Konsumkonjunktur die im Jahresverlauf 2017 wieder gewachsenen Inlandsinvestitionen zu benennen. Die positive Investitionsentwicklung wird aller Voraussicht nach anhalten: So erwarten 24 Verbände im Jahr 2018 höhere Ausgaben ihrer Firmen. *Quelle: IW Köln*

## Neujahrsempfang in Bremen-Nord

Der Neujahrsempfang der CDU in Bremen-Nord war klasse. Die Stimmung war einfach großartig! Es hat mir sehr viel Spaß gemacht, mit den Teilnehmern über aktuelle bundespolitische Themen zu diskutieren. Dem Kreisvorsitzenden und Gastgeber, Rainer Bensch, danke ich sehr für die Einladung.



v.l.n.r.: Rainer Bensch, Thomas Röwekamp, Jörg Kastendiek,  
Elisabeth Motschmann, Silvia Neumeyer und Bettina Hornhues  
07.01.2018

# Elisabeth Motschmann Newsletter

## Neues aus Bremerhaven

### Unterstützung für die „Seute Deern“

Die Holzbark „Seute Deern“ ist ein wichtiges Wahrzeichen der Seestadt Bremerhaven. Im November letzten Jahres habe ich erste Gespräche in Bremerhaven geführt und zusammen mit dem CDU-Fraktionschef Thorsten Raschen ausgelotet, wie eine Sanierung des Schiffes gelingen kann. In dieser Woche hat sich der Gründungsdirektor des Deutschen Schifffahrtsmuseums, Dr. Detlev Ellmers, in der Nordsee Zeitung für den Erhalt der „Seuten Deern“ stark gemacht. Er bezeichnet sie als „Kronjuwel“, das es nirgendwo auf der Welt mehr gibt. Diese Unterstützung für die Restaurierung freut mich sehr. Auch in Zukunft werde ich mich für den Erhalt der „Seuten Deern“ einsetzen und die Bremerhavenerinnen und Bremerhaven bei ihrem Engagement mit voller Kraft unterstützen.



Artikel aus der Nordsee-Zeitung  
16.01.2018

# Elisabeth Motschmann Newsletter

## Termine in Berlin

Der Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand: Gute Reden, gute Begegnungen und gute Gespräche u. a. mit dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Jens Spahn.



**Parl. Staatssekretär Jens Spahn  
16.01.2018**



**Christian Frhr. von Stetten und Dr. h.c. Hans Michelbach  
16.01.2018**